



STEFAN LIEBIG

## Die Tafeln als Versagen des deutschen Wohlfahrtsstaats? Kann man so nicht sagen.

Prof. Dr. Stefan Liebig ist Vorstandsmitglied und Direktor der Längsschnittstudie Sozio-ökonomisches Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und Professor für Soziologie an der Universität Bielefeld.

Die deutschen Tafeln, die jüngst in den Schlagzeilen stehen, unterstützen mittlerweile 1,5 Millionen Menschen bundesweit für Sozialverbände und viele andere ein untrügliches Zeichen für eine Zunahme der Armut und ein Versagen der hiesigen sozialen Sicherungssysteme.

Allein dem Staat die Verantwortung zuzuschreiben greift jedoch zu kurz. Wir wissen zu wenig über die Situation und die Motive derjenigen, die zu den Tafeln gehen. Die erhöhte Nachfrage nach kostenlosen Lebensmitteln kann nämlich sehr unterschiedliche Gründe haben. Einer ist sicherlich, dass Bedürftige darauf angewiesen sind, weil sie über keine oder deutlich zu geringe finanzielle Mittel verfügen. Das würde heißen, dass vor allem in deutschen Städten – dort ist der Zulauf bei den Tafeln am höchsten – ein Teil der Menschen in absoluter Armut leben. Absolute Armut liegt vor, wenn man grundlegende Bedürfnisse (Nahrung, Unterkunft) nicht befriedigen kann, und sie galt lange Zeit hierzulande als überwunden. Kehrt sie zurück und nimmt sie sogar zu, dann würden die sozialen Sicherungssysteme tatsächlich ihren grundgesetzlich verankerten Auftrag nicht erfüllen. Die zur verfügbaren empirischen Daten belegen dies aber nicht. Die regelmäßig veröffentlichte Armutsgefährdungsquote bezieht sich auf die *relative* Einkommensarmut. Demnach gelten Personen mit einem Äquivalenzeinkommen unter 60 Prozent des Medians als arm. Steigt also das durchschnittliche Einkommen im Land, während es bei einkommensschwachen Haushalten stabil bleibt, dann steigt auch die Armutsgefährdungsquote. Das lässt aber nicht auf eine Zunahme der *absoluten* Armut schließen.

Wir Ökonomen kennen viele Märkte, in denen Angebote Nachfrage erzeugen. Smartphones, ohne die keiner von uns mehr auskommt, sind ein gutes Beispiel. Die zunehmende Anzahl von Tafeln in Deutschland stellt auch eine Steigerung eines bestimmten Angebots dar, das Nachfrage generieren kann. Bedürftige Haushalte können entscheiden, ob sie ihre Lebensmittel im Laden kaufen oder auf das kostenlose Angebot zurückgreifen. Die Tafeln ermöglichen es, bei einem Ausgabenposten zu sparen und das Geld anderweitig auszu-

geben. Warum kommt es zu dieser Umschichtung? Sind die Haushalte dazu gezwungen, weil sie nur so andere – einen Mindestlebensstandard garantierende – Ausgaben decken können? Oder wollen sie Konsumausgaben tätigen, die den eigenen Vorlieben und Wünschen besser entsprechen – zum Beispiel das knappe Geld lieber für Bücher statt für Brot und Joghurt ausgeben – und die über das, was als soziales Minimum in der Gesellschaft angesehen wird, hinausgehen?

Wenn das so ist, heißt es noch lange nicht, dass sich daraus kein Handlungsbedarf des Staates ergibt. Einkommensschwache Haushalte geben zwei Drittel ihres Einkommens für Nahrungsmittel, Kleidung und Wohnen aus. Zwingend bleibt dann weniger für andere Posten wie Kultur, Bildung oder Sport übrig, die Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Ein vielversprechender Ansatz wäre hier, nicht die sozialstaatlichen Transfers zu erhöhen, sondern die Steuern auf Lebensmittel und Güter zur Deckung der Grundbedürfnisse abzusenken.

Handlungsbedarf für die Sozialsysteme und die Politik wird man aber letztendlich nur identifizieren können, wenn die Gründe für die zunehmende Inanspruchnahme der Tafeln besser analysiert werden können. Für die Diskussion zentraler – auch sozialpolitischer – Fragen benötigen wir detaillierteres empirisches Wissen, das auch die Motivlagen, Gründe und Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger umfasst. Wir empirischen Sozialforscherinnen und –forscher sind gerne bereit, den Tafeln hierbei zur Seite zu stehen. Auch als Würdigung ihrer wertvollen Arbeit.

Eine längere Fassung dieses Gastbeitrags ist am 6. März 2018 bei Spiegel Online erschienen.

## IMPRESSUM

---



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

[www.diw.de](http://www.diw.de)

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

85. Jahrgang

### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Dr. Ferdinand Fichtner; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;

Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Stefan Liebig;

Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.; Prof. Karsten

Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

### Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

### Lektorat

Dr. Alexandra Fedorets; Dr. Simon Junker

### Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;

Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;

Matthias Laugwitz; Markus Reiniger; Dr. Alexander Zerrahn

### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

### Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

### Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

### Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

### Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit

Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den

Kundenservice des DIW Berlin zulässig ([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter [www.diw.de/newsletter](http://www.diw.de/newsletter)